

Newsletter 6/2023

1. VFB im Austausch mit der FDP

Rahmenbedingungen der Freien Berufe, Fachkräftemangel, Bürokratieabbau



Von links: Vizepräsident des Bay. Landtags Dr. Wolfgang Heubisch, Christoph Skutella, Albert Duin, Dr. Helmut Kaltenhauser, VFB-Vizepräsident Christian Schnurer, Fraktionsvorsitzender Martin Hagen, VFB-Präsident Michael Schwarz, 1.VFB-Vizepräsident Dr. Thomas Kuhn, Julika Sandt, Sebastian Körber, stv. Fraktionsvorsitzender Alexander Muthmann, Staatsminister a.D. Franz Josef Pschierer, Dr. Dominik Spitzer

Newsletter 6/2023

Am 26. April 2023 trafen sich VFB-Präsident Michael Schwarz zusammen mit dem 1. Vizepräsidenten des VFB Dr. Thomas Kuhn sowie VFB-Vizepräsident Christian Schnurer mit Mitgliedern der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag. Von Seiten der FDP nahmen an dem Gespräch der Fraktionsvorsitzende Martin Hagen, der Vizepräsident des Bay. Landtags Dr. Wolfgang Heubisch sowie die Abgeordneten Julika Sandt, Alexander Muthmann, Franz Josef Pschierer, Sebastian Körber, Albert Duin, Dr. Helmut Kaltenhauser, Christoph Skutella und Dr. Dominik Spitzer teil.

VFB-Präsident Schwarz lobte in dem Gespräch, dass die Freien Berufe durch seinen Vorgänger im Amt, Ehrenpräsident des VFB, Herrn Dr. Heubisch, bei der FDP bestens vertreten sind. Er wies darauf hin, wie wichtig die Freien Berufe, organisiert in kleinen Einheiten, für die Daseinsvorsorge vor Ort, vor allem im ländlichen Raum, sind. Sie stellen Arbeitsplätze vor Ort und stellen dadurch einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar. In der Coronakrise habe sich ihre besondere Resilienz gezeigt. Trotzdem seien die Freien Berufe gefährdet, weil sich die **Rahmenbedingungen für die Freien Berufe** aus unterschiedlichsten Gründen zunehmend verschlechtern. So gehe eine besondere Gefährdung von der fehlenden Anpassung der Gebührenordnungen der Freien Berufe seit Jahrzehnten trotz Inflation aus. Überall würden die Preise steigen, nur die Honorare der Freien Berufe würden stagnieren, da diese in ihrer Gebührenordnung gefangen seien. Aber auch die Freien Berufe müssten ihren Mitarbeitern ein auskömmliches Gehalt bezahlen können.

Daneben sei auch der **Fachkräftemangel** ein Thema der Freien Berufe. Dieser habe viele Gründe, die allseits bekannt sind, denen aber seit Jahren nicht gegengesteuert wurde. Ausländische Fachkräfte würden nicht ins Land kommen, wenn sie keine guten Infrastrukturbedingungen (bezahlbare Wohnungen, Kindergarten, Schule, Arbeitsplatz für den Partner) vorfinden.

Der 1. Vizepräsident des VFB, Dr. Kuhn, widersprach der Aussage von Seiten der FDP, dass die Freien Berufe in den hohen Einkommensklassen zu verorten sind. Dieses Bild sei veraltet. Die Freien Berufe gehörten normalen, durchschnittlichen Einkommensverhältnissen an. Rechtsanwälte beispielsweise hätten ein übliches Akademikergehalt, wie es in anderen Berufen auch erzielt wird. Betrachte man hingegen die Künstler, seien die Einkommen zum großen Teil prekär. Als bayerisches Thema nannte er den Digitalbonus. Von der Förderung seien die Freien Berufe ausgeschlossen, da die Bay. Staatsregierung davon ausgegangen sei, dass die Freien Berufe die Digitalisierung aus eigenen Mitteln selbst stemmen können. Mit diesem pauschalen Bild müsse aufgeräumt werden.

Newsletter 6/2023

Ein weiteres Thema war **Bürokratieabbau**. VFB-Vizepräsident Dr. Kuhn plädierte grundsätzlich für mehr Eigenverantwortung der Berufsträger. Während der Pandemie wurde den Berufsträgern mehr Eigenverantwortung zugestanden, so hätten Apotheken Desinfektionsmittel selbst hergestellt. Aktuell würden Apotheken Fiebersäfte für Kinder aus Ibuprofen-Tabletten herstellen. Dies funktioniere sehr gut. Diese Bürokratierleichterungen müssten erhalten bleiben.

Eine weitere Forderung an die FDP war, sich hinter den **Erhalt des Kammerwesens** zu stellen. Die berufliche Selbstverwaltung sichere die Qualität, sei nahe an den Berufsträgern und entlaste den Staat.

VFB-Vizepräsident Schnurer ergänzte für den großen Bereich der **Kreativwirtschaft**, die zu 50% aus Soloselbstständigen bestehen, die keinerlei Schutzmechanismen haben. Hier fehle es an Organisationsstrukturen. Es gebe keine Interessenvertretung für die gesamte Breite, der in 11 Teilbranchen gegliederten Kreativwirtschaft (Architektur, Software, Games, Presse, Rundfunk, Film, bildende Kunst, darstellende Kunst, Buch, Musik, Design und Werbung). In der Coronakrise seien die Künstler Hoffnungsgeber gewesen, aber trotzdem durch das soziale Netz gerutscht. Seine Bitte an die Politik sei es, Verbandsstrukturen unterstützend mitaufzubauen.

Von Seiten der FDP wurde erklärt, dass die Gemeinsamkeit aller Freien Berufe darin besteht, dass sie ihren Beruf aus Überzeugung und mit einer großen Verantwortung ausüben. Dem gebühre hoher Respekt. Die Freien Berufe müssten auch nach außen anders auftreten und das Selbstständige, Freie in ihren Berufsbildern nach außen darstellen. Die Freien Berufe könnten beim Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ punkten, denn der Freie Beruf biete oft die Möglichkeit der freien Zeiteinteilung.

Von VFB-Seite wurde zugestimmt, dass es die Aufgabe der Freien Berufe ist, die Begeisterung für ihre Berufe aufrechtzuerhalten. Allerdings sei die Unterstützung des Staates nötig, bspw. durch eine flächendeckende Aufrechterhaltung von Berufsschulstandorten. Der Staat habe Freiberuflichkeit in den letzten Jahren durch Vorgaben unattraktiv gemacht (bspw. Beschluss der Staatsregierung zum vermehrten Einsatz von Generalplanern und Generalunternehmern bei Bauvorhaben der Staatsbauverwaltung).

Die Teilnehmer des Gesprächs waren sich einig, dass man in Kontakt bleiben und den Austausch fortsetzen wird.

Newsletter 6/2023

2. Ergebnisse der BFB-Ausbildungsstatistik zum 31. März 2023

BFB-Präsident Schmidt: „Positiver Trend bei der Entwicklung der Ausbildungszahlen beendet.“

„Zum 31. März 2023 wurden bei den Kammern der Freien Berufe 11.187 neue Ausbildungsverträge gemeldet, ein Minus von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit dehnt sich der Fachkräftemangel auf dem Ausbildungsmarkt weiter aus, wird der Mangel an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern auch bei den Freien Berufen immer spürbarer“, so BFB-Präsident Friedemann Schmidt zu den aktuellen Zahlen, die der BFB erhoben hat.

Und sagt weiter: „Dies ist umso gravierender, als dass gerade die Freien Berufe und deren Teams zur Lösung der vielfältigen Zukunftsaufgaben im Zuge der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft dringend gebraucht werden: Sei es für die Energiewende, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums oder die Versorgung einer im Zuge des demografischen Wandels immer älter werdenden Bevölkerung. Die Gründe für den Rückgang sind vielschichtig, besonders wirkt die demografische Entwicklung ein. Überdies werden viele Ausbildungsverträge auch erst später im Jahr geschlossen.

Mit dem aktuellen Rückgang um fünf Prozent wird der positive Trend aus 2021 und 2022 mit Zuwächsen von 4,9 und 5,6 Prozent beendet. Überdies liegt der Rückgang über dem durchschnittlichen Rückgang der Gesamtzahl der Auszubildenden in den Freien Berufen zwischen 2010 und 2020, der durchschnittlich 2,1 Prozent betrug. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum gingen die Neuverträge in der Gesamtwirtschaft um 14,5 Prozent zurück. Auch fällt der Rückgang bei den Freien Berufen höher aus als zuletzt vom Statistischen Bundesamt mit minus 2,5 Prozent zum Ende 2022 gemeldet.

Damit dürfte sich die Zahl der offenen Ausbildungsstellen bei den Freien Berufen nochmals vergrößert haben. Im Herbst 2022 ergab eine Umfrage des Instituts für Freie Berufe für den BFB, dass 46.000 Ausbildungsstellen unbesetzt sind, gemessen an der Gesamtzahl der Auszubildenden in den Freien Berufen klafft hier also eine Lücke von 36 Prozent.

Die duale Berufsausbildung bleibt auch für die Freien Berufe zentraler Baustein bei der Fachkräftesicherung. Der Einsatz der ausbildenden Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie deren Kammern und Verbände ist enorm, sie geben keine Jugendliche, keinen Jugendlichen verloren. Auch der BFB setzt seine Engagements fort und baut diese aus, im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung auch mit weiteren Partnerinnen und Partnern. Gemeinsam arbeiten sie an der dritten

Newsletter 6/2023

Auflage des „Sommers der Berufsausbildung“, einer Kampagne, mit der junge Menschen für die duale Berufsausbildung begeistert werden sollen.

Wichtig bleibt, die Berufsorientierung an allen Schulformen auszubauen. Beispielsweise bei Projektwochen zur Berufsorientierung in den Schulen, hier können junge Menschen direkt angesprochen und über die Ausbildung bei den Freien Berufen informiert werden. Um die Berufsorientierung zu verfestigen, muss sie wie auch die Berufsvorbereitung in der Ausbildung der angehenden Lehrerinnen und Lehrer verankert werden. Zudem ist es wichtig, den Ressourcenverbrauch zu verringern, etwa indem Misstrauensbürokratie in Form von Dokumentationspflichten abgebaut wird.

Die Freien Berufe sind attraktive und verlässliche Auszubildende, die jungen Menschen beste Perspektiven in einer Zukunftsbranche bieten. Die Kammern der Freien Berufe haben branchenspezifische Kampagnen zur Bewerbung ihrer jeweiligen Ausbildungsberufe gestartet. Um die Attraktivität der dualen Ausbildung zu erhöhen, spielt auch die Wohnungssituation eine große Rolle. So sollten Unterstützungsangebote für Auszubildende auf kommunaler Ebene gefördert werden, etwa durch vergünstigten Wohnraum. Gleichzeitig muss die bestehende Infrastruktur von Berufsschulen erhalten bleiben und ausgebaut werden.“

Newsletter 6/2023

3. Tempo der Gesetzgebung

BFB fordert Einräumung angemessener Fristen



Nunmehr hat auch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) die Ampelkoalition aufgefordert, in Gesetzgebungsverfahren anderen Beteiligten ausreichend Zeit zur Mitwirkung zu geben. Dies forderte auch der BFB gemeinsam mit weiteren Verbänden am 24. März 2023 in einem „Offenen Brief“.

Im Mittelpunkt stehen dabei eine Umgestaltung der Stellungnahme-/Anhörungsfristen bei Gesetzgebungsprozessen, ausreichende Vorlaufzeiten zu Expertenanhörungen in den Bundestagsausschüssen, Einräumung angemessener Fristen zur Umsetzung neuer gesetzlicher Anforderungen für Normadressaten und Verschlinkung von Dokumentationspflichten.

Newsletter 6/2023

4. BLZK unterstützt gemeinsames Vorgehen gegen investorengesteuerte Medizinische Versorgungszentren (iMVZ)

Bundesratsinitiative der Länder Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein

Die drei Bundesländer Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wollen Medizinische Versorgungszentren (MVZ) stärker regulieren. Im Fokus stehen dabei insbesondere MVZ, die von Kapitalinvestoren beziehungsweise internationalen Private-Equity-Fonds geführt werden. Am vergangenen Freitag wurde dazu eine Initiative in den Bundesrat eingebracht. Die Bayerische Landeszahnärztekammer (BLZK) begrüßt die gemeinsame Initiative und unterstützt das entschiedene Vorgehen. Ziel der Bundesratsinitiative ist, Monopolstellungen einzelner Träger zu verhindern und eine am Patientenwohl orientierte ambulante Versorgung zu stärken. MVZ als sinnvolle Ergänzung der Versorgungslandschaft sollen damit von einer rein renditeorientierten Einflussnahme durch fachfremde Investoren geschützt werden.

Der Präsident der Bayerischen Landeszahnärztekammer (BLZK), Dr. Dr. Frank Wohl, erklärt:

„Zwei Drittel der hierzulande aktiven Zahnmedizinketten versteuern mittlerweile in sogenannten Offshore-Finanzzentren wie etwa auf Jersey oder den Cayman Islands. Es ist eine geradezu unerträgliche Vorstellung, dass Beitragsgelder der sozialen Krankenversicherung in Deutschland mit Hilfe von Finanzakrobaten in Steueroasen fließen, wo sie der steuerlichen Veranlagung der deutschen Steuerbehörden entzogen sind. Dieser Entwicklung muss schleunigst Einhalt geboten werden. Besonders makaber ist dabei, dass es ein SPD-Vorsitzender war, der den Begriff ‚Heuschrecken‘ für Private-Equity-Fonds geprägt hat. Jetzt lassen ein Bundeskanzler und ein Gesundheitsminister der SPD genau diese Heuschrecken auf das deutsche Gesundheitswesen los.“

BLZK-Vizepräsidentin Dr. Barbara Mattner sagt:

„Ich bedanke mich bei den Ländern Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein für diese wichtige Bundesratsinitiative. Unter der Federführung des bayerischen Gesundheitsministers Klaus Holetschek wird der Ampel-Koalition in Berlin damit hoffentlich endlich klargemacht, dass sich die Strukturen der investorengeführten Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) in den letzten Jahren atemberaubend schnell entwickelt haben und kaum mehr durchschaubar sind. Investorengesteuerte MVZ agieren nahezu ausschließlich in größeren Städten, dadurch ist die zahnmedizinische Versorgung im ländlichen Raum in Bayern stark gefährdet.“

Newsletter 6/2023

5. Apotheken: Geringste Zahl in Bayern seit 1980

Apothekenprotest am 14. Juni soll auf Versäumnisse der Politik aufmerksam machen

In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Apotheken in Bayern erneut um 29 gesunken. Damit gab es zum Ende des ersten Quartals nur noch 2.853 Apotheken im Freistaat. Weniger Apotheken waren es zuletzt 1980.

Als einen der Gründe nennt Dr. Hans-Peter Hubmann, Vorsitzender des Bayerischen Apothekerverbandes e.V., die Vergütungssituation. „Apotheken erhalten pro rezeptpflichtiger Arzneimittelpackung ein gesetzlich festgelegtes Honorar. Das wurde seit 2013 nicht angepasst. Bei der Abgabe von Arzneimitteln an gesetzlich krankenversicherte Patienten wurde die Vergütung im Februar sogar gekürzt. In den vergangenen zehn Jahren sind jedoch Personal-, Betriebs- und Lebenshaltungskosten stark angestiegen.“ Auf diesen Missstand machen Apothekerinnen und Apotheker am 14. Juni mit einem Protesttag aufmerksam. Viele Apotheken bleiben an diesem Tag bundesweit geschlossen.

Angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen würden sich immer weniger junge Apothekerinnen und Apotheker mit einer eigenen Apotheke selbstständig machen, so Hubmann. Außerdem werde es zunehmend schwieriger, Fachpersonal zu finden, da die Einnahmestruktur ein leistungsgerechtes Gehalt erschwere.

Wichtige Versorgungsstrukturen werden ausgehöhlt

Apotheken haben in der Coronapandemie gezeigt, wie wichtig sie für die ambulante, ortsnahe Versorgung sind. Etwa mit der Herstellung von Desinfektionsmitteln als diese knapp wurden, der Abgabe von kostenfreien FFP-2-Masken an vulnerable Zielgruppen und Bedürftige oder bei der Erstellung von Covid-Impfzertifikaten. Alles ergänzend zur eigentlichen Aufgabe, der ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln. Hubmann: „Anstatt diese Strukturen zu fördern und zu stärken schwächt man sie und höhlt sie aus. Das ist nicht nachvollziehbar.“

Die angespannte wirtschaftliche Situation in den Apotheken lasse nur einen Schluss zu: Die Apotheken brauchen endlich eine angemessene Vergütung. Daher fordert der BAV nachdrücklich eine Erhöhung

Newsletter 6/2023

des in der Arzneimittelpreisverordnung festgelegten Honorars von derzeit 8,35 Euro auf 12 Euro. Und dieses Fixum muss regelhaft und automatisiert an die Kostenentwicklung angepasst werden.

BAV-Vorsitzender Hubmann: „Was es heißt, ein System kaputtzusparen, sehen wir tagtäglich an den Arzneimittellieferengpässen. Auch sie sind das Ergebnis einer jahrelangen, verfehlten Sparpolitik. Apotheke muss wieder attraktiv werden. Für Mitarbeiter und für angehende Selbstständige. Dafür brauchen wir von der Politik stabile, verlässliche Rahmenbedingungen.“

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, fand am 14. Juni der Apotheken-Protesttag statt.

Newsletter 6/2023

6. VFB im Gespräch mit der Ethikratsvorsitzenden Prof. Dr. Buyx

Austausch zum Datenschutz im Gesundheitswesen

Datenschutz im Gesundheitswesen – über dieses Thema tauschten sich VFB-Präsident Michael Schwarz, die VFB-Vizepräsidenten Dr. Thomas Kuhn, Dr. Markus Beck, Dr. Bruno Waldvogel und Eva Maria Reichart mit der Vorsitzenden des Ethikrates Frau Prof. Dr. Buyx aus.

Angesprochen wurde von VFB-Seite die Gefahr, dass der Einsatz von KI einen Kompetenzverlust der Berufsträger birgt. VFB-Präsident Schwarz berichtete, dass er bereits jetzt in seinem zahnärztlichen Beruf beobachten könne, dass junge Kollegen keinen Abdruck für Kronen mehr fertigen können, da dies mittlerweile fotografisch hergestellt werde. Derartigen Kompetenzverlust könne man sich bei allen Freien Berufen vorstellen bzw. auch bei der gesamten Gesellschaft. Dies in Balance zu bringen mit den Vorteilen des Einsatzes von KI, halte er für eine der größten Herausforderungen. Frau Prof. Dr. Buyx gab Herrn Schwarz Recht, dass dies ein ganz wichtiges Thema ist. Diese Herausforderung habe aber immer schon bestanden (bspw. Entwicklung des Ultraschall). Der Unterschied sei, dass sich früher die Dinge nicht so schnell, abrupt veränderten, sondern über Jahre hinweg. Es sei deshalb nötig zu differenzieren: Das Essentielle an Kompetenzen müsse unbedingt erhalten bleiben. In der Medizin könne man einzelne Aufgaben fast immer gut delegieren. Das Übergreifende, Zusammenschauende in der Medizin dürfe aber niemals aus der Hand gegeben werden. Dies sei allerdings keine Aufgabe des Ethikrates, sondern der Fachgesellschaften, die die Inhalte in ihre Curricula aufnehmen.

VFB-Vizepräsident Dr. Beck erklärte für die Ärzteschaft, dass man in vielen Dingen mit dem Ethikrat einig ist, es gehe um Details. So wolle die Zentrale Ethikkommission der Bundesärztekammer den Fokus auf den Ärztlichen Alltag gelegt haben. Denn man gewinne den Eindruck, dass es bei der Frage der Nutzung von Behandlungsdaten immer um große Einheiten, um Kliniken gehe. Es betreffe aber auch die kleinen, niedergelassenen Ärzte. Es gebe die Sorge, dass erstens das Arzt-Patienten-Verhältnis leide und zweitens, dass Zeit für die Datenerhebung verloren gehe. Denn die Daten müssten in eine entsprechende Form gebracht werden, dass sie genutzt werden können. Bereits jetzt würden Kliniken hierzu einen enormen Aufwand betreiben. Dabei bestehe auch die Gefahr der Verfälschung der Daten. In diesem Bereich der Datenpflege bestünden viele Fragen und Ängste aus der Praxis. Er halte es deshalb für sehr wichtig, dass man die Verbände und Vertreter aus der Praxis höre und mitnehme.

Newsletter 6/2023

Frau Prof. Dr. Buyx beruhigte, dass der Ethikrat dazu die Empfehlungen habe, erstens mit den jeweiligen Fachexperten aus der Praxis zu sprechen und zweitens eine Nutzenden Kompetenz aufzubauen. Man brauche eine Vorbereitung und Bildung der jungen ärztlichen Kollegen und eine Weiterbildung der alten Kollegen. Persönlich ermutigte Prof. Dr. Buyx: Das Beispiel des John-Hopkins-Krankenhauses, das sein gesamtes IT-System erfolgreich umgestellt hat, zeige, dass man über schmerzvolle Hürden hinweg müsse, um letztlich große Ziele zu erreichen. Es gebe angesichts der enormen Herausforderungen wie demografischer Wandel, Alterung in den eigenen Berufen, eklatanter Fachkräftemangel in allen Heilberufen keine Alternative. Man müsse sich gemeinsam ertüchtigen und gemeinsam nach Modellen zur Bewältigung der Herausforderungen suchen.

Für den Bereich der Psychotherapie äußerte VFB-Vizepräsident Dr. Waldvogel Bedenken, wenn bei Online-Kontakten für Patienten nicht mehr zuverlässig unterscheidbar ist, ob sie es mit einem echten Menschen oder einer Künstlichen Intelligenz mit einem nicht als solchen erkennbaren Avatar zu tun haben. Dies würde für die therapeutischen Beziehungen sicherlich Konsequenzen haben. Man sehe sinnvolle Einsatzgebiete, habe aber auch Sorgen, dass solche Optionen zur kostendämpfenden Standardbehandlung ausgerollt werden könnten.

Was den Vorstand der Psychotherapeutenkammer aktuell dringender besorge, sind die Entwicklungen des Europäischen Gesundheitsdatenraumes. Man sei sich einig, dass Gesundheitsdaten für die Forschung und die Versorgung besser verfügbar gemacht werden müssen. Zwei Aspekte seien aber bei der Entwicklung des europäischen Gesundheitsdatenraums bedenklich. Es seien dabei zwei Nutzungszwecke vorgesehen. Erstens die Primärnutzung für die Versorgung. Hier sei kein Zustimmungserfordernis des Patienten vorgesehen, was bedenklich sei und in einem Spannungsverhältnis zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union stehe. Zweitens die Sekundärnutzung für die Forschung. Hierbei seien verschiedene Datenzugangsinteressen katalogisiert worden. Kritisch sei, dass alle Zwecke gleich behandelt werden. Bei nicht so gewichtigen Datennutzungsinteressen sollte ein Zustimmungserfordernis Voraussetzung sein.

Prof. Dr. Buyx erklärte hierzu, dass sich der Ethikrat zum Europ. Gesundheitsdatenraum nicht direkt geäußert habe, jedoch kürzlich anlässlich einer Veranstaltung zu Datennutzung für das Patientenwohl in Berlin unterstrichen habe, dass es aus ethischer Sicht essentiell ist, beide Interessen zu schützen und beide Güter miteinander zu vereinbaren. So sei ein Schutz der informationellen Selbstbestimmung des Patienten nötig, andererseits dürften Patienten in Deutschland die vielen Vorteile der Datennutzung nicht vorenthalten werden. Der Ethikrat sei hier sehr klar: Es werde ein großes Defizit in der Datennutzung in Deutschland gesehen. Man sei aber nicht so weit gegangen, ein

Newsletter 6/2023

Einwilligungserfordernis abzulehnen. Bei der E-Akte habe man das Opt-out-Modell befürwortet, d.h. die Annahme der Einwilligung, wenn dieser nicht widersprochen wurde.

Bei der Stellungnahme des Ethikrates zu „big data und Gesundheit“ im Jahr 2017 habe man eine Patienteneinwilligung bei sensiblen Daten als Goldstandard befürwortet.

Grundsätzlich beruhigte Prof. Dr. Buyx, könnten in der Psychotherapie Algorithmen lediglich in einem niedrighschwelligen Bereich zum Einsatz kommen, also in Fällen, in denen Patienten ansonsten überhaupt keine Hilfe aufsuchen würden. KI im Bereich der Psychotherapie könne immer nur Werkzeug sein im Rahmen eines gut geschützten Therapeuten-Patienten-Verhältnis.

Newsletter 6/2023

7. Architektouren 2023: Herzlich willkommen!

**218 ausgewählte Projekte öffnen am 24. und 25. Juni ihre Türen -
76 Projekte werden erstmals mit dem Prädikat KlimaKulturKompetenz ausgezeichnet**



Architektouren Booklets

Foto: Kilian Stauss

Bei den diesjährigen Architektouren öffnen 218 Projekte am 24. und 25. Juni 2023 ihre Türen in ganz Bayern: Die Leistungsschau bayerischer Architektur stellt öffentliche und private Räume von Planerinnen und Planern der Architektur, der Innen- und Landschaftsarchitektur sowie der Stadtplanung vor, Die zweitägige Veranstaltung, die im Rahmen des Tags der Architektur stattfindet, bietet die Gelegenheit, auch Projekte zu besichtigen, die sonst für die Öffentlichkeit verschlossen sind und mit Architektinnen und Architekten aller Fachrichtungen und ihrer Bauherrschaft sowie den Nutzenden vor Ort ins Gespräch zu kommen. Alle gezeigten Projekte wurden in den letzten drei Jahren fertiggestellt und von einem unabhängigen Beirat ausgewählt.

„Architektur verwandelt“ lautet das Motto der diesjährigen Architektouren. Denn tatsächlich ist der

Newsletter 6/2023

Wandel die Konstante in der Architektur und für den Berufsstand: Veränderung und Umbau haben die Baugeschichte geprägt, bestimmen die Gegenwart und werden auch in Zukunft notwendig sein, um eine lebenswerte Umwelt zu bewahren. Seit 27 Jahren manifestiert sich der Wandel gestalterisch in den Projekten der Architektouren, in Form und Funktion, in Neubauten und beim Bauen im Bestand, mit innenarchitektonischen Maßnahmen oder als landschafts- und stadtplanerischer Eingriff.

„Im Jahr 2023 richten sich die Architektouren inhaltlich neu aus, denn ein nachhaltiges, sozial und naturverträgliches Leben ist heute ohne den konsequenten Wandel hin zu Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung beim Planen und Bauen nicht denkbar“, so Kammerpräsidentin Prof. Lydia Haack. Erstmals wurde deshalb den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben, ihre KlimaKulturKompetenz bei den Projekten zu zeigen. Dafür wurden fünf Nachhaltigkeitskriterien abgefragt und geprüft: Energieeffizienz, Klimaanpassung, Flächensparen, Barrierefreiheit und weitere Aspekte der Nachhaltigkeit. Welche Projekte in welchen Kriterien das Prädikat KlimaKulturKompetenz erworben haben, ist sowohl auf der Website als auch auf den Bookletseiten ersichtlich. 76 Projekte wurden ausgezeichnet, viele davon mehrfach.

Neben den Besichtigungsterminen am letzten Juni-Wochenende gehören regionale Busfahrten, ein Klima-Kahoot, mit dem Kinder und Jugendliche ihr Klimawissen testen und erweitern können, Videoclips von ausgewählten Projekten sowie eine Wanderausstellung zum Veranstaltungsangebot. Die Wanderausstellung startet in München am 19.06.2023 um 18 Uhr. Sie wird von Staatsminister Christian Bernreiter und Kammerpräsidentin Prof. Lydia Haack mit zwei Werkvorträgen im Foyer des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr in München, Franz-Josef-Strauß-Ring 4, eröffnet werden. Anmeldung erbeten: event@stmb.bayern.de.

Im Sinne der Reduktion des CO₂-Footprints auf dem Weg zur CO₂-neutralen Kammer 2031 wurde in diesem Jahr die Print-Auflage des Booklets reduziert und klimaneutral gedruckt. Alle 218 Projekte können selbstverständlich auch über die Website der Bayerischen Architektenkammer abgerufen werden und auch das Booklet steht zum Download (pdf) zur Verfügung: www.byak.de/architektouren. Der Eintritt zu den Architektouren ist frei.

Zum Leitmotiv „KlimaKulturKompetenz“ des Vorstands der Bayerischen Architektenkammer informiert weiter ein aktuelles Sonderheft des Deutschen Architektenblatts, Regionalausgabe Bayern, das [hier](#) online abgerufen werden kann.

Newsletter 6/2023

8. Notfallbehandlung: Regierung schränkt Patientenversorgung ein

Auf großes Unverständnis und Ablehnung stößt bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) die am 26. Mai 2023 vom Bundestag beschlossene Änderung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Pflegegesetz. Diese sieht vor, dass die Notaufnahmen in den Kliniken Patientinnen und Patienten nur noch an Bereitschaftsdienstpraxen weiterleiten dürfen und nicht – wie bisher – auch an die Praxen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte.

Der Vorstand der KVB – Dr. Christian Pfeiffer, Dr. Peter Heinz und Dr. Claudia Ritter-Rupp – erklärte dazu: "Hier werden im Windschatten eines fachfremden Gesetzes ohne Diskussion und Beteiligung der Praxen Fakten geschaffen, die die Patientenversorgung auf Dauer nachhaltig verschlechtern." Als Folge des Gesetzes würden noch mehr Patienten im Krankenhaus behandelt. Auch das Vorhaben der Bundesregierung für eine gemeinsame Notdienstreform mit den Ländern sei so zum Scheitern verurteilt.

"Statt eine sachgemäße Patientensteuerung zu etablieren, erzeugt die Bundesregierung Chaos, indem sie den Patienten suggeriert, sie könnten rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche an Kliniken ambulant behandelt werden. Woher das Personal dafür kommen soll, ohne dass reihenweise Praxen schließen müssten, erklärt die Bundesregierung allerdings nicht", moniert der KVB-Vorstand. Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, die dann in den Bereitschaftspraxen den zusätzlichen Dienst leisten müssen, fehlen für diese Zeiten gezwungenermaßen in ihren eigenen Praxen.

Auch der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer Dr. Gerald Quitterer hatte bereits Kritik geübt: „Müssen jetzt Ärztinnen und Ärzte ihre Praxen schließen, um am Bereitschaftsdienst teilnehmen zu können?“, fragt sich Quitterer. Das sei eine unsinnige Idee und vermutlich der Intention geschuldet, den Bereitschaftsdienst für Patientinnen und Patienten „attraktiv“ zu gestalten.

„Es sollte vielmehr eine strukturierte medizinische Ersteinschätzung genutzt werden, um Patientinnen und Patienten in die für sie geeignete Versorgungsstruktur – Notaufnahme, Bereitschaftsdienst oder vertragsärztliche Versorgung – zu leiten und auch den Zeitpunkt der Versorgung festzulegen, die häufig nicht sofort erfolgen muss. Es gilt insbesondere Bedarf und Bedürfnisse nicht zu verwechseln, um die ärztlichen Kapazitäten für die Akut- oder Notfälle adäquat einsetzen zu können, schlägt der bayerische Ärztekammerpräsident vor.

Newsletter 6/2023

Hintergrund: Die Regierungsfractionen haben sehr kurzfristig in den Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz – PUEG) eine Änderung vorgenommen. Demnach soll eine Weiterleitung von der Notaufnahme in die vertragsärztliche Versorgung nicht mehr erlaubt sein.

Newsletter 6/2023

9. Arzneimittelproduktion nach Deutschland bzw. Europa zurückholen

Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), warnt vor einem dauerhaften Mangel an gängigen verschreibungspflichtigen Arzneimitteln. Quitterer: „Die Patientenversorgung ist durch den Medikamentenmangel europaweit gefährdet. Die Politik steht in der Verantwortung, eine ausreichende Produktion und Bevorratung wichtiger Arzneimittel in Deutschland sicherzustellen“. Engpässe gebe es derzeit bei der Verordnung von Fiebersäften für Kinder, Hustenmitteln, Blutdrucksenkern und Brustkrebsmedikamenten, aber auch von Medikamenten gegen Asthma und Cortisonpräparaten.

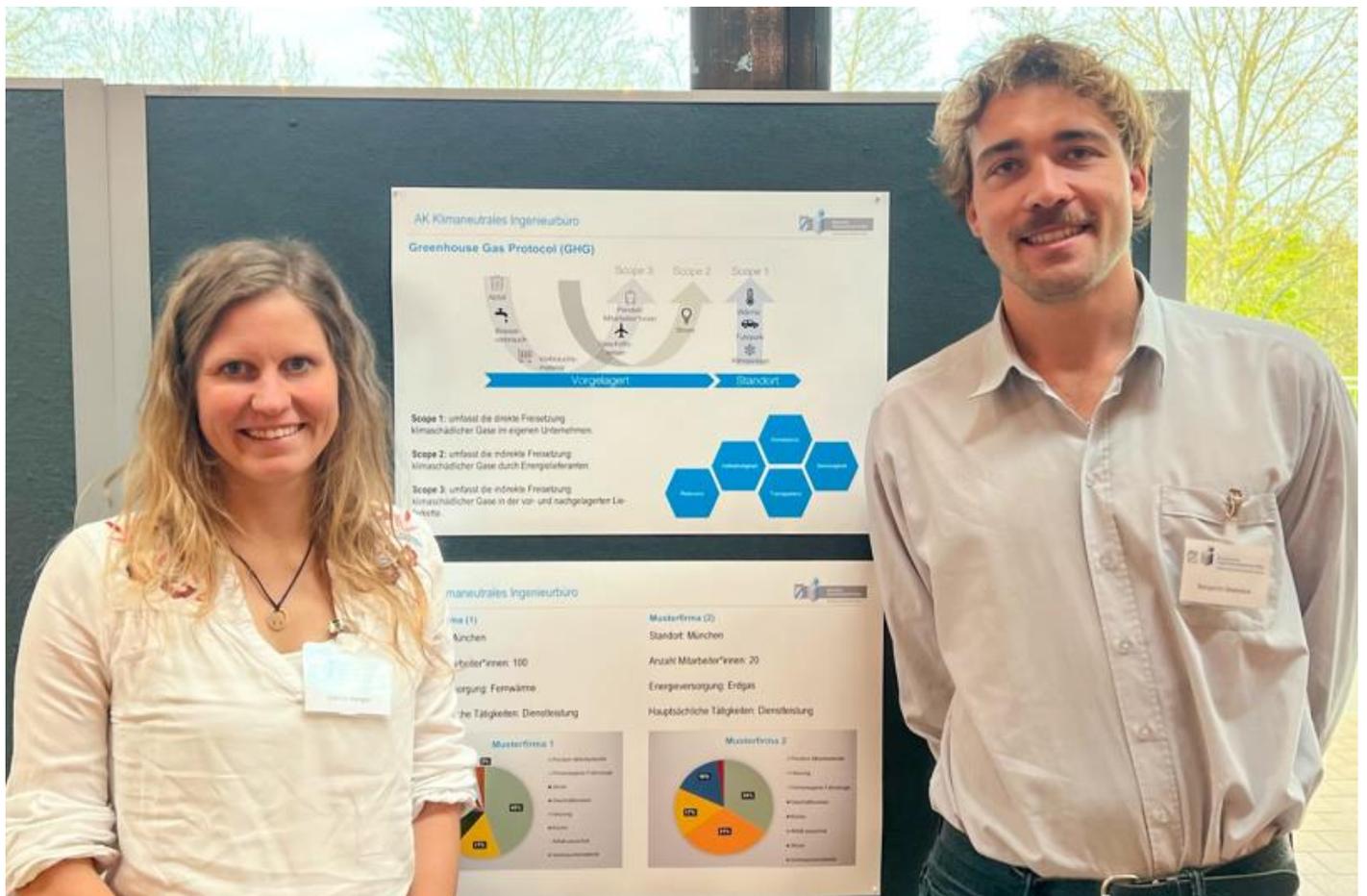
Den Grund für die Liefer- und Versorgungsengpässe sieht Quitterer in der Medikamentenproduktion, die nur noch teilweise in Deutschland oder Europa stattfindet. „Es können im ganzen Produktionsprozess Engpässe entstehen, beispielsweise bei den Vorprodukten, die aus China stammen, in der Produktion, die in Indien stattfindet, bei den Blistern für die Tabletten die aus Osteuropa kommen oder wegen des Papiermangels in Bayern, wo alles nochmal umgepackt und mit einem deutschen Beipackzettel versehen wird“, zählt Quitterer auf.

Quitterer befürwortet die befristete Möglichkeit der Einfuhr und Abgabe von antibiotikahaltigen Säften für Kinder, die zwar für den deutschen Markt nicht zugelassen, aber dennoch sicher sind, um die derzeitigen Versorgungsengpässe zu beheben. Gleichzeitig mahnt er strukturelle Veränderungen an. Insbesondere die im Beitragssicherungsgesetz von 2003 vorgesehenen Rabattverträge, die Krankenkassen mit Pharmaunternehmen schließen können, müssten neu definiert, der Kostendruck auf Generika gesenkt werden. „Es führt kein Weg an einer Rückführung der Arzneimittelproduktion nach Deutschland bzw. Europa vorbei“, so Quitterer. Dabei sei es in der aktuellen Situation nicht zielführend, dass der GKV-Spitzenverband die Entwicklung eines „sozialdatenbasierten Qualitätssicherungsverfahrens zur Qualitätssicherung der Verordnung von Antibiotika bei der Behandlung von Infekten der oberen Atemwege“ beim Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) beantragt habe. Vertragsärztinnen und -ärzte sollen, nach Ansicht von Krankenkassenvertretern, so durch Regressandrohungen zu einer sparsameren Antibiotikaverordnung „bewegt“ werden. „Das ist ein Misstrauen in das verantwortungsbewusste und leitlinienorientierte Ordnungsverhalten der Ärzteschaft und hilft uns in der aktuellen Situation nicht weiter“ so Quitterer abschließend.

Newsletter 6/2023

10. Auf dem Weg zum klimaneutralen Ingenieurbüro

Interview mit Sabrina Danger und Benjamin Domnick vom Arbeitskreis „Klimaneutrales Ingenieurbüro“



Sabrina Danger und Benjamin Domnick vom Arbeitskreis „Klimaneutrales Ingenieurbüro“ der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau berichten im Interview über ihre Erfahrungen und die Herausforderungen, wie das eigene Ingenieurbüro klimafreundlicher betrieben werden kann. Der Arbeitskreis beschäftigt sich mit der Frage, wie man das eigene Büro effizient umgestaltet

Newsletter 6/2023

kann, ohne dabei den alltäglichen Geschäftsablauf zu beeinträchtigen und entwickelt gerade ein Bewertungstool zur Ermittlung der CO2-Emissionen im Büro.

Dafür haben die Mitglieder des Arbeitskreises „Klimaneutrales Ingenieurbüro“ Analyse- und Bewertungsmöglichkeiten ausgearbeitet, wie Ingenieurbüros ihre CO2-Emissionen ermitteln und darauf aufbauend Einsparungs- und Kompensationsmöglichkeiten in die Wege leiten können. Ziel ist es, den Kammermitgliedern mittelfristig die Möglichkeit zu geben, die Emissionen ihrer Büros zu ermitteln und bestätigen zu lassen. Vor der Einführung eines solchen Bewertungstools sollen die Auftraggeber und die Vertreterversammlung eingebunden und befragt werden, ob die bisherigen Analyse- und Bewertungsansätze zu den CO2-Emissionen den ihrerseits geforderten Nachhaltigkeitsstandards, beispielsweise bei Vergabeverfahren, entsprechen.

Bei der Vertreterversammlung der Kammer am 27. April 2023 in Fürth haben Frau Danger und Herr Domnick den Vertreterinnen und Vertretern an einem Info-Stand die Ergebnisse des Arbeitskreises und die aktuelle Version eines Fragebogens zur Ermittlung der CO2-Bilanz im Büro vorgestellt. Aus Sicht des Arbeitskreises ist es wichtig, dass sich die Ingenieurinnen und Ingenieure sich nicht nur mit Nachhaltigkeit und Energieeffizienz im Bauwesen auseinandersetzen, sondern auch im eigenen Büroalltag darauf achten, möglichst umweltschonend und CO2-sparend zu handeln.

Das ausführliche Interview lesen Sie hier:

https://www.bayika.de/de/aktuelles/meldungen/2023-05-03_Interview-mit-Sabrina-Danger-und-Benjamin-Domnick-vom-Arbeitskreis-Klimaneutrales-Ingenieurbuero.php

Mehr Infos zum klimaneutralen Ingenieurbüro unter:

<https://www.bayika.de/de/klimaschutz/klimaneutrales-ingenieurbuero.php>